



## Bettina König

MITGLIED DES ABGEORDNETENHAUSES  
VON BERLIN

Abgeordnetenhaus von Berlin  
Niederkirchnerstraße 5  
10111 Berlin - Mitte  
Telefon: (030) 23 25 22 92  
E-Mail: [bettina.koenig@  
spd.parlament-berlin.de](mailto:bettina.koenig@spd.parlament-berlin.de)

Wahlkreisbüro Bettina König  
Amendestraße 104  
13409 Berlin - Reinickendorf-Ost  
Telefon: (030) 40 72 43 36  
E-Mail: [info@bettina-koenig.de](mailto:info@bettina-koenig.de)

29. März 2018

## Presseinformation

### Mehr Polizei statt Videokameras

#### Reinickendorfer diskutieren mit Experten über Videoüberwachung

Kontrovers diskutierten die Referenten und die ca. 40 Reinickendorfer Gäste von Bettina König (MdA) am vergangenen Freitag im Café „Maya & Callas“ zum Thema Videoüberwachung. Anlass dazu gab Bettina Königs Einladung zur Veranstaltung „Sicherheit am Franz-Neumann-Platz und darüber hinaus - Ist permanente Videoüberwachung eine Lösung?“.

**SPD-Fraktionschef Raed Saleh**, der den erkrankten Innensenator ersetzte, sprach sich für eine differenzierte Form der Überwachung auf öffentlichen Plätzen aus, die je nach Gefährdungsgrad unterscheidet und bedarfsabhängig eingesetzt werden kann. **Rechtsprofessor Fredrik Roggan** kritisierte demgegenüber, Videoüberwachung nütze generell wenig, wenn es darum geht Sicherheit herzustellen. Zudem hält der Jurist den Gesetzesentwurf des aktuellen Volksbegehrens für die Ausweitung von Videoüberwachung für problematisch. Er stünde mit höherrangigem Recht, z.B. dem Grundgesetz, in Konflikt. Ganz anders sieht das die **Gewerkschaft der Polizei (GdP)**, die durch ihr Vorstandmitglied Steve Feldmann vertreten war. Feldmann berief sich auf die Erfahrungen der Berliner Verkehrsbetriebe, die durch eine flächendeckende Videoaufzeichnung zur Aufklärung vieler Straftaten bereits beitragen konnte. Außerdem betonte er die Abschreckungswirkung, die Kameras auf potentielle Straftäter ausüben können. Moritz Koch vom **Aktionsbündnis „ENDSTATION“** hielt dagegen: Er sieht in einer umfassenden Videoüberwachung die Gefahr, dass sich zukünftig alle Menschen quasi selbst zensurieren und sich vor den Kameras stets nur so verhalten, wie sie denken, dass der Staat es von ihnen verlange.

Auch unter den gut vierzig Gästen der Veranstaltung wurde hitzig diskutiert: Der Aufruf zum Opferschutz, Misstrauen gegenüber automatisierter Videoauswertung und die Sorge um Sicherheitslücken im System waren nur einige der genannten Stichwörter.

Fazit von **Bettina König**, die die Diskussion moderierte: „Wir brauchen einen Kompromiss, um eine Balance aus Sicherheit und Freiheit herzustellen. Also, keine flächendeckende Überwachung und keine Gesichtserkennung, denkbar wären für mich mehr Videokameras dort, wo besonders viele Straftaten passieren. Diese Orte kann nur die Polizei bestimmen, kein Volksbegehren. Und: Das alleine reicht nicht! Gleichzeitig brauchen wir mehr Polizisten, die vor Ort präsent sind und im Idealfall auch wieder Personal der BVG bzw. der S-Bahn auf den Bahnhöfen. Mit solch einer Doppelstrategie können wir das Sicherheitsgefühl der Berliner steigern und uns davor schützen, den gläsernen Bürger zu erschaffen.“

Anlage: Fotos der Veranstaltung (© SPD-Fraktion Berlin)